

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 75 (1983)
Heft: 9

Artikel: Die Unruhen in Sri Lanka : auch ein Gewerkschaftsproblem
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355153>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Unruhen in Sri Lanka – auch ein Gewerkschaftsproblem

J. W. Brügel

Die Vorgänge im fernen Sri Lanka, bei denen ungezählte Menschen – Angehörige der Bevölkerungsminderheit wie der Mehrheit – brutal ermordet wurden und tausende Angehörige der tamilischen Minderheit gerade noch mit dem Leben wegkamen, aber alles andere einbüssten, sind vor allem ein Problem des Zusammenlebens zweier ganz verschiedener Völker auf einer verhältnismässig kleinen Insel. Damit erinnern sie an analoge Vorgänge in Europa, etwa die Schwierigkeiten, die sich im kleinen Belgien aus dem Zusammenleben von Flamen und Wal-lonen ergeben. Was sich in Sri Lanka zugetragen hat und noch zuträgt, ist aber auch ein gewerkschaftliches Problem, und keineswegs ein einfaches. Denn gewerkschaftlich organisiert sind fast nur Angehörige der tamilischen Minderheit, und die Mitgliedsorganisation des IBFG in Sri Lanka, der Ceylon Workers' Congress (CWC), wird von Tamilen geführt und ist seit jeher im Vordergrund des Kampfes gegen jede Benachteiligung der Tamilen gestanden. Aber sein im Lande hochangesehener Präsident Savumiamoorthy Thondamen, ein scharfer Opponent der früheren Linksregierung Bandaranaike, ist als Minister für ländliche Industrieentwicklung Mitglied der gegenwärtigen Regierung Jayawardene, der niemand ein gutes demokratisches Zeugnis ausstellen wird. Thondamen glaubt jedoch, in dieser Funktion das Äusserste an Hilfe für seine tamilischen Stammesgenossen herausholen zu können.

Von den etwa 15 Millionen Bewohnern Sri Lankas sind ungefähr 20 Prozent Tamilen, die in zwei deutlich von einander verschiedene Gruppen zerfallen. Die zwei Millionen «einheimischen» Tamilen – man nennt sie so, weil ihre Vorfäter ebenso viele tausend Jahre dort gelebt haben wie die Vorfahren der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit – sind mit wenigen Ausnahmen im Norden und Osten der Insel angesiedelt, wo sie bis 1833, d. h. bis zur Aufrichtung der britischen Kolonialherrschaft, ihren eigenen Staat hatten. Rund eine Million Tamilen, Nachkommen der von den Engländern im vorigen Jahrhundert aus Indien herbeigeschafften Zwangsarbeiter, sind hauptsächlich auf den Teeplantagen im Innern des Landes beschäftigt. Gegen sie richtet sich der Hauptdruck der die Insel regierenden singhalesischen Mehrheit. Den einheimischen Tamilen sucht man, den Boden abzugraben. Die nach drei Generationen noch als «Fremde» betrachteten möchte man, wiewohl für sie kein Ersatz zu beschaffen ist, am liebsten aus dem Lande vertreiben und hat das bei einem Teil von ihnen schon getan.

Solange das damalige Ceylon eine britische Kolonie war (bis 1948) wurde dafür gesorgt, dass die Tamilen seitens der Singhalesen nicht allzuviel Unrecht geschieht, was den Engländern den ganz unberechtigt-

ten Vorwurf eingetragen hat, die Tamilen zu begünstigen. 1956 hat die damalige Linksregierung Bandaranaike zwei Schläge gegen die Tamilen geführt. Das Singhalesische wurde zur einzigen Staatssprache erklärt, die das vorher verwendete Englisch ersetzen sollte, was natürlich nur ein Vorwand war, um die Tamilen benachteiligen zu können. Gleichzeitig wurde den Tamilen, die als Nachkommen der Zwangsarbeiter auf den Tee- und Gummipflanzungen im Landesinnern arbeiten, die Staatsbürgerschaft und damit alle Rechte abgesprochen. Sie wurden staatenlos gemacht, um auf Indien einen Druck auszuüben, diese Menschen zu «übernehmen», deren Grossväter oder Urgrossväter aus Südindien unfreiwillig auf die Insel gekommen waren. Im südindischen Staat Madras, der vor einigen Jahren in Tamil Nadu (Heimstätte der Tamilen) umbenannt worden war, leben etwa 40 Millionen Angehörige der tamilischen Nation, mit denen die «indischen» Tamilen auf Sri Lanka aber gar keine Kontakte haben, was angesichts des auf beiden Seiten weit verbreiteten Analphabetismus auch gar nicht anders sein kann. Trotzdem betrieben alle bisherigen Regierungen Ceylons, bzw. Sri Lankas die «Heimführung» dieser Menschen nach Indien, und das trotz des Umstandes, dass es sich um für die Wirtschaft Sri Lankas unentbehrliche und unersetzbare Arbeiter handelt – die jeweilige Regierung in Colombo hat nie irgendeinen Versuch gemacht zu begründen, warum sie eigentlich diese Bevölkerungsschicht loswerden will. Das an Überbevölkerung leidende Indien wehrte sich natürlich lange gegen die Zumutung, weitere Menschen wie ein Stück Ware zu «übernehmen». Schliesslich kam es aber doch zu zwei Abkommen – 1964 und 1974 – zwischen den beiden Staaten. Indien sagte der Aufnahme von 600 000 staatenlosen Tamilen aus Sri Lanka zu, wofür dieser Staat die Verpflichtung übernahm, weiteren 375 000 Angehörigen dieser Menschenkategorie die ihnen entzogene Staatsbürgerschaft zu verleihen. Der von Thondaman geführte Gewerkschaftsbund organisierte eine Protestbewegung gegen diesen empörenden Menschenhandel und gewann dabei die energische Unterstützung der asiatischen Regionalorganisation des IBFG. Ungeachtet aller Proteste wurden aber bisher 400 000 Tamilen in ein Land «heimgeführt», das ihnen vollkommen fremd war und überdies im Vergleich zu Sri Lanka einen noch niedrigeren Lebensstandard aufweist. Die Regierung in Colombo hat aber ihre Verpflichtungen in der Sache nicht eingehalten: in Sri Lanka leben immer noch 450 000 tamilische Pflanzearbeiter, die staatenlos sind, keinerlei Rechtsschutz geniessen, kein Wahlrecht haben und jeden Tag Opfer behördlicher Willkür werden können.

Den im Norden und Osten der Insel angesiedelten Tamilen, denen man wenigstens die Staatsbürgerschaft nicht bestreitet, geht es aber nur wenig besser, auch wenn mit der Zeit einiges entschärft wurde. So ist jetzt auch das Tamilische als vor den Behörden verwendbare Sprache wieder zugelassen. Die Verteidiger des Regimes in Colombo verweisen immer wieder darauf, dass die Tamilen ihre Vertreter in der Regierung und im Beamtenstab haben. Die Unruhen des Jahres 1983 seien von

tamilischen Extremisten verursacht worden, die eine Abteilung Soldaten überfallen und ermordet haben. Der Streit darüber, was zuerst da gewesen sei, die Henne oder das Ei, kann nie entschieden werden. Gewalttaten sind zu verurteilen, wer immer sie verschuldet hat, und das Verlangen tamilischer Extremisten nach einem eigenen, «Eelam» genannten, Staat ist, wenn auch als Abwehrmassnahme begreiflich, unsinnig. Aber die Grundtatsache ist doch, dass die Tamilen ohne eigene Schuld grösstlichst benachteiligt werden. Zum nationalen Fanatismus gesellt sich auf Sri Lanka der religiöse: die Tamilen sind der Religion nach Hindus, die Singhalesen – einige darunter Christen – meist Buddhisten, und beide Religionen zeichnen sich nicht durch Toleranz aus. Dazu kommt der sprachliche Gegensatz. Nur wenige Singhalesen verstehen tamilisch. Umgekehrt ist es ein wenig besser, aber man kann auch von gebildeten Tamilen, deren es viele gibt, kaum verlangen, dass sie neben ihrer Muttersprache und Englisch auch noch die Sprache der Singhalesen lernen, die eine ihnen ganz fremde Schrift hat. Das wäre etwa so, als wenn man von einem Schweizer Bauern verlangen wollte, er müsse die russische Sprache in Wort und Schrift erlernen, und das womöglich über Nacht. Selbst wer die Sprache des anderen versteht, kann noch nicht in dieser Sprache Geschriebenes oder Gedrucktes lesen. In den Staatsdienst wird nur aufgenommen, wer Singhalesisch kann, mit dem Ergebnis, dass z. B. in der Stadt Jaffna im Norden, die fast ausschliesslich von Tamilen bewohnt ist, die Polizisten mit der Bevölkerung nicht sprechen können und umgekehrt...

In dieser verfahrenen Situation hat der Ceylon Workers' Congress an den Präsidenten Junius Jayawardene appelliert, mit der Gewerkschaft Verhandlungen darüber einzuleiten, welche Massnahmen ergriffen werden sollten, damit die tamilischen Arbeiter «in Würde und Sicherheit, gleichberechtigt mit dem Rest der Bevölkerung» auf der Insel leben können. Aber auch wenn dieser gewerkschaftlichen Initiative ein Erfolg beschieden sein sollte, wird es lange dauern, ehe die Folgen der Unruhen von 1983 beseitigt sein werden.